

## Good Bye Britain?

HINTERGRUNDANALYSE ZUM EU-REFERENDUM IN GROSSBRITANNIEN



**Das am 23. Juni 2016 stattfindende Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens hat weitreichende Konsequenzen für die Beziehungen Großbritanniens zur EU, aber auch für die Zukunft der EU selbst. Derzeit suggerieren die Umfragen ein ausgesprochen knappes Kopf-an-Kopf-Rennen und die Befürworter und Gegner eines „Brexit“ liefern sich eine heftige Schlacht mit Argumenten und Emotionen, um die Wähler zu überzeugen. Aber auch in Europa und darüber hinaus werden die möglichen Folgen und Szenarien eines „Brexit“ intensiv diskutiert.**

**Dieser Bericht setzt sich mit den Argumenten der „Brexit“-Befürworter auseinander und zeigt die Folgen eines Austritts für Großbritannien, Deutschland und die EU auf. Im Falle eines positiven Votums ist es im Interesse aller Beteiligten, dass Großbritannien mittelfristig wieder einen Platz im Zentrum der europäischen Politik findet. Dabei käme Deutschland eine entscheidende unterstützende Rolle zu.**

### Das Setting

Die Beziehungen Großbritanniens zu Europa allgemein und zur EU im Besonderen sind traditionell von einer gewissen Distanz geprägt. Dies wird bis heute deutlich in der Trennung zwischen „us“ (Großbritannien) und „them“ (Europa) bzw. in der Betonung des „continental Europe“ in Abgrenzung zur Insel Großbritannien. Auch der erst 1973 erfolgte Beitritt (nach Überwindung des lang anhaltenden Widerstands Frankreichs) zur damaligen EG war in erster Linie wirtschaftlich motiviert, wenngleich den Entscheidungsträgern die politische Dimension durchaus bewusst war<sup>1</sup>. Bemerkenswert ist aus heutiger Sicht der relativ breite

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER

OLAF WIENTZEK

12. Mai 2016

[www.kas.de/grossbritannien](http://www.kas.de/grossbritannien)

Konsens sowohl der Parteien- wie der Medienlandschaft zur Mitgliedschaft. So stimmten damals 67,2% der Stimmberechtigten beim im Nachgang des Beitritts abgehaltenen Referendum 1975 für einen Beitritt. Die Unterstützung war besonders in England stark (68,7%), während das walisische (64,8%), vor allem aber das schottische (58,4%) und das nordirische Votum (52,1%) deutlich schwächer ausfielen – und damit spiegelverkehrt zur heutigen Stimmung. Und auch in Politik und Medien war die Stimmung auffällig entgegengesetzt zu heute: 1975 war eine klare Mehrheit der Konservativen Partei und die meisten Medien für einen Beitritt, während es deutliche Widerstände insbesondere beim linken Flügel der Labour Partei gab. Die Ursachen für das heute viel distanziertere Verhältnis werden oft in den 80er Jahren verortet. Dies liegt nicht allein in der Entwicklung der EU von einem wirtschaftlichen zu einem politischen Projekt begründet. Die Ursachen sind vielfältiger: Zum einen schwächte die positive wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens das in den 70er Jahren wichtige Narrativ, man brauche die EG, um die eigene wirtschaftliche Entwicklung zu stärken. Ein weiterer Wendepunkt waren die Verhandlungen über die Schaffung eines Europäischen Binnenmarkts Mitte der 80er Jahre – eigentlich eine Sternstunde des britischen Engagements in der Europäischen Union. In der Tat hatten die britische Premierministerin Margaret Thatcher, vor allem aber das britische Mitglied der Europäischen Kommission Arthur Cockfield entscheidend an der Initiierung des Binnenmarkts mitgewirkt. Die von Thatcher abgelehnte Vertragsänderung, die 1986 zur Einheitlichen Europäischen Akte und damit zur Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen in der EU führten, trübten das Verhältnis jedoch nachhaltig (mehr noch als der 1984 beschlossene sog. „Brittenrabatt“). In den Folgejahren nahm Großbritannien eine zunehmend defensive Haltung auf europäischer Ebene ein. Ein nicht zu unterschätzender Faktor ist auch die Veränderung der britischen Medienlandschaft seit den 80er Jahren – nicht zuletzt unter dem Einfluss Rupert Murdochs – hin zu einem stärker nationalen Diskurs verbunden mit wachsender Feindseligkeit gegenüber dem europäischen Integrationsprojekt. Als weiterer Wendepunkt wird die Währungskrise von 1992 gesehen, als deren Folge das britische Pfund die Europäische Währungsschlange verließ<sup>2</sup>. In den letzten Jahren wiederum sorgen die Eurokrise, aber auch das Bemühen der EU, Antworten auf die Flüchtlingskrise zu finden und der dadurch entstehende Eindruck eines Kontrollverlusts für abnehmende Unterstützung. Begleitet wird dies durch eine wachsende Tendenz breiter Teile der Bevölkerung, aber auch von Medien und einigen Teilen der politischen Landschaft, zur Binnensicht, ein Trend, der sich auch in anderen Ländern abzeichnet.

Dass am 23.6.2016 nun aber die britische Bevölkerung über die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU in einem Referendum abstimmen wird, ist nicht ursächlich auf einen diesbezüglichen steigenden Druck aus der Bevölkerung oder einer breiten Ablehnung Europas zurückzuführen. Hier spielen vielmehr die internen Auseinandersetzungen in der Konservativen Partei und das Erstarken der rechtspopulistischen und EU-feindlichen Partei UKIP (*United Kingdom Independence Party*) eine ausschlaggebende Rolle.

In der Konservativen Partei hat sich insbesondere in der Fraktion im britischen Unterhaus ein euroskeptischer Flügel etabliert, der seit Beginn der Übernahme der Parteiführung durch David Cameron und in der Folge in seiner Regierungszeit ihm seit 2010 immer wieder die Gefolgschaft bei Abstimmungen verweigert hat.

Schon bei seiner Wahl zum Parteivorsitzenden 2005 versuchte Cameron diesen Flügel durch das Versprechen eines Austritts der *Conservatives* aus der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zu gewinnen, ein Schritt, der 2009 vollzogen wurde, sich aber mittelfristig nicht auszahlte, da dies zwar seine Wahl sicherte, die Widerstände jedoch nicht reduzierte. Er setzte von daher im Januar 2013 im Rahmen seiner sog. „Bloomberg Speech“<sup>3</sup> nochmal

---

<sup>2</sup> Ibid.

<sup>3</sup> Siehe <https://www.gov.uk/government/speeches/eu-speech-at-bloomberg>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER

OLAF WIENTZEK

12. Mai 2016

[www.kas.de/grossbritannien](http://www.kas.de/grossbritannien)

nach und versprach ein in/out Referendum nach der Unterhauswahl 2015, um diesem Flügel erneut entgegenzukommen. Der parteiinterne Druck nahm – auch durch das klare Wahlergebnis UKIP's bei der Wahl zum EU-Parlament 2014 – allerdings eher zu, so dass dieses Referendums dann zu einem zentralen Wahlversprechen der *Conservatives* bei der Unterhauswahl 2015 und nach der Wahl auch sehr rasch legislativ verankert wurde.

Im Wahlkampf selbst hatte David Cameron seine Haltung zur Mitgliedschaft zur EU noch bewusst und dezidiert offen gelassen bzw. von seinen Verhandlungen mit der EU über substantielle Reformen abhängig gemacht. Nachdem es nach schwierigen Verhandlungen in Brüssel am 18./19. Februar Großbritannien und den übrigen EU-Ländern gelang, eine gemeinsame Vereinbarung über die künftigen Beziehungen zu erzielen, bekannte sich Premierminister Cameron zu einem Verbleib in der EU. Seitdem ist die Referendumskampagne in vollem Gange.

### Die Stimmung in Großbritannien vor dem Referendum

Die politischen Parteien und gesellschaftliche Akteure in Großbritannien sind in der Frage der EU-Mitgliedschaft tief gespalten. Verfechter eines Verbleibs Großbritanniens in Europa sind die Liberaldemokraten und die Grünen (beide spielen jedoch –vor allem nach der heftigen Wahlniederlage der *Liberal Democrats* 2015- in der politischen Debatte kaum eine Rolle) und auf regionaler Ebene auch die *Scottish National Party* SNP. Klare Gegner sind die *United Kingdom Independence Party* (UKIP) und die rechtsextreme *British National Party* (BNP).

Bei den beiden großen Parteien des Landes ist das Bild differenzierter: Die Labour-Partei hat sich offiziell für einen Verbleib Großbritanniens in der EU ausgesprochen, vor allem in der Fraktion ist die Haltung diesbezüglich bis auf wenige Ausnahmen eindeutig. Die Position des Ende 2015 überraschend gewählten neuen Parteiführers Jeremy Corbyn war lange offen, er war und ist bekanntermaßen alles andere als ein glühender Anhänger der EU. Letztlich erklärte er Mitte April jedoch im Rahmen einer offiziellen Ankündigung seine Unterstützung für den Verbleib und sorgte so für eine klare Positionierung der Labour Partei.

Die britischen Konservativen hingegen sind in dieser Frage tief gespalten. Eine breite Mehrheit der konservativen Parteibasis ist für einen Austritt, während in der Fraktion im Unterhaus heute rund 170 Abgeordnete hinter Premierminister Cameron stehen und für einen Verbleib eintreten. Demgegenüber sind 140 Tory-Abgeordnete für einen Austritt, rund 20 halten sich noch bedeckt. Auch im Regierungskabinettt setzt sich diese Spaltung fort, nachdem Cameron es seinen Ministern und Staatssekretären freigestellt hatte, für die eine oder andere Seite Position zu beziehen.

Seit der Entscheidung des populären Londoner Bürgermeisters Boris Johnson und des Justizministers und engen Vertrauten Camerons, Michael Gove, die LEAVE-Kampagne anzuführen, wird die „Brexit“-Debatte auch von einem Machtkampf über die Nachfolge Camerons als Parteichef (und möglicher Kandidatur als Premierminister 2020) überschattet, nachdem dieser inmitten des Wahlkampfes 2015 angekündigt hatte bei der Wahl 2020 nicht mehr antreten zu wollen. Hier stehen sich auf Seite der EU-Befürworter Finanzminister George Osborne und auf der Seite des „Brexit“-Lagers eben dieser Boris Johnson gegenüber.

Seit Beginn der Kampagne Mitte April gerieten zudem zentrale Vertreter des „Remain“-Lagers unter verstärkten politischen Druck. Die Diskussionen über umstrittene Wohlfahrtsreformen (vor allem die Kürzungen von Sozialleistungen für Behinderte) versetzen den Ambitionen von Finanzminister George Osborne einen empfindlichen Dämpfer – verstärkt auch durch den überraschenden Rücktritt des ehemaligen Parteichefs und Arbeitsministers Iain Duncan Smith, ebenso ein prominenter Vertreters des „Brexit“-Lagers. Die Veröffentlichun-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER

OLAF WIENTZEK

12. Mai 2016

[www.kas.de/grossbritannien](http://www.kas.de/grossbritannien)

gen der sog. „Panama-Papers“ über offshore-Konten setzten wiederum Premierminister Cameron unter Druck, nachdem dieser erst nach tagelangem Hin- und Her zugab, hier entsprechende (legale) Investitionen getätigt und Gewinne erzielt zu haben (die er auch ordnungsgemäß versteuerte). Die Veröffentlichung seiner Steuererklärungen der zurückliegenden Jahre schaffte zwar die geforderte Transparenz, seine Glaubwürdigkeit hatte jedoch empfindliche Kratzer bekommen, was für die „Remain“-Kampagne alles andere als hilfreich war.

Wirtschaftliche Akteure, allen voran der Unternehmerverband CBI, sind überwiegend für den Verbleib, oftmals verhindern die Gesetzgebung oder taktische Erwägungen aber eine offensive Kampagne. Allerdings ist es auch der „Leave“-Kampagne gelungen einzelne durchaus prominente Unternehmensführer (z.B. der Staubsaugerhersteller Dyson) auf die eigene Seite zu ziehen.

Die Medienlandschaft ist mehrheitlich EU-skeptisch eingestellt, insbesondere die Zeitungen der Murdoch-Gruppe sympathisieren offen mit der „Leave“-Kampagne, während Guardian, Financial Times und auch die BBC eher auf der „Remain“-Seite stehen.

In der Wissenschaft haben sich die britischen Hochschulen früh und eindeutig für einen Verbleib ausgesprochen (dies gilt auch für den Staatssekretär für Universitäten und Wissenschaft Jo Johnson, der jüngere Bruder von Boris Johnson). Gleiches gilt für eine Gruppe von 150 führenden britischen Forschern, u.a. auch Stephen Hawking, die sich ebenfalls für einen Verbleib ausgesprochen haben.

Bereits jetzt spielen die Zugeständnisse, die Cameron mit der Februar-Vereinbarung in Brüssel erzielt hat, nur noch eine untergeordnete Rolle in der Kampagne. Stattdessen dominieren Wirtschafts- und Sicherheitsthemen (Zuwanderung, Terrorismus) den Diskurs. Die „Remain“-Kampagne setzt bislang vor allem auf das Argument der Risikovermeidung und warnt vor allem vor den finanziellen Folgen sowie vor Macht- und Einflussverlust auf globaler Ebene und in Europa. Dem setzt das „Leave“-Lager entgegen, dass diese Angstskizzen deutlich übertrieben seien. Die Wirtschaft und insbesondere der Finanzsektor würden vielmehr – unbelästigt von EU-Regeln und europäischer Bürokratie – außerhalb der EU neue Wirkung entfalten. Gleichzeitig suggerieren die EU-Gegner, dass Großbritannien auch nach einem Beitritt weiterhin vom EU-Binnenmarkt profitieren könnte, dabei wird als Beispiel häufig das „Norwegen-Szenario“ (Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum) genannt. Andere streben ein weitreichendes Freihandelsabkommen mit der EU, ähnlich der Schweiz oder Kanada an. Wieder andere Stimmen würden sich mit einem „Brasilien-Modell“ (d.h. Handel gemäß WTO-Regeln) begnügen. Der Prozess der Neuverhandlung der Beziehungen könnte zudem relativ rasch innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen werden. „Brexit“-Befürworter beziehen sich bei dieser Prognose mitunter auf das Beispiel des Austritts Grönlands aus der EG in den 80er Jahren. Des Weiteren argumentiert die „Leave“-Kampagne, dass Großbritannien sich mit einem Austritt besser vor Migrationskrise und Terrorismus schützen könnte. Ein Austritt würde zudem keine nachteiligen Auswirkungen auf die Sicherheit Großbritanniens oder seine Rolle in der Welt haben, schließlich bleibe man Mitglied der NATO. Vielmehr könnte ein Austritt Großbritanniens zu einer Renaissance seiner Rolle in internationalen Organisationen führen. Teile der „Leave“-Kampagne suggerieren zudem (insbes. Boris Johnson), dass ein negatives Votum Großbritannien nicht das endgültige Ende der Beziehungen bedeuten würde, sondern neue Verhandlungen aus einer Position der Stärke heraus über die Position Großbritanniens in der EU ermöglichen könnte.

Bislang ist auch ein stilistischer Unterschied in den Kampagnen bemerkbar: Während die „Remain“-Kampagne vor allem auf Fakten, Zahlen und rationale Argumente setzt und wenn dann eher negative Emotionen bedient (Risiko-Faktoren), baut die „Leave“-Kampagne stärker auf eine positive emotionale Dimension (Befreiung von den Fesseln der EU, Chancen,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER

OLAF WIENTZEK

12. Mai 2016

[www.kas.de/grossbritannien](http://www.kas.de/grossbritannien)

neue Rolle in der Welt), ohne dazu allerdings die notwendigen Fakten zur Umsetzung zu liefern.

In der Kampagne der Befürworter fehlt weitgehend noch ein positiver Diskurs über die Erregenschaften der EU-Mitgliedschaft und über die Gestaltungsmöglichkeiten Großbritanniens in der EU - ein Defizit, welches nun in der Kampagne negativ zum Tragen kommt, aber letztlich auf Jahre und Jahrzehnte Distanz und pauschale Schuldzuweisung in Richtung Brüssel und EU zurückzuführen ist. Auch die Frage der Zukunftsfähigkeit und die strategische Rolle der EU und Großbritanniens in den kommenden Jahrzehnten kommen in der Kampagne relativ kurz. Immerhin versuchte die Regierung dies mit einer Informationsbroschüre<sup>4</sup> für alle britischen Haushalte zu korrigieren, was zu einem heftigen Protest mit dem Vorwurf der Verschwendung von Steuergeldern der "Leave"-Seite führte.

Die Umfragen lassen bis dato auf ein enges Kopf- an Kopf-Rennen schließen. Dies entspricht auch der Stimmung in den in Großbritannien bekanntermaßen wichtigen Wettbüros. Der Anteil der Unentschlossenen liegt in den meisten Umfragen aber noch bei 15-20%, so dass der Ausgang noch völlig offen ist.

Ein ganz wesentlicher Faktor für den Ausgang des Referendums dürfte die Wahlbeteiligung werden. Während die "Leave"-Kampagne von hochmotivierten Sympathisanten getragen wird und keine Probleme haben dürfte am Wahltag diese Wähler auch zu mobilisieren, ist dieser Aspekt für die „Remain“-Seite eine komplexe Herausforderung. Die überwiegend proeuropäisch eingestellte junge Wählerschaft ist traditionell eher weniger wahlfreudig und muss sich zudem – wenn es sich um Erstwähler handelt- ins Wahlregister eintragen lassen. In der Altersgruppe von >50, die sich durch eine höhere Wahlbeteiligung auszeichnet, ist die EU-Skepsis entsprechend höher und bestenfalls durch eine rationale bis zurückhaltende pro EU Stimmung gekennzeichnet, die einer wesentlichen größeren Motivation bedarf, um am 23.6. auch tatsächlich zur Wahl zu gehen. Externe Faktoren wie das zeitgleiche internationale Musikfestival in Glastonbury und die Fussball-EM können sich ebenfalls negativ auf die Wahlbeteiligung auswirken. Es gilt die Faustregel: Je niedriger die Wahlbeteiligung, desto größer die Wahrscheinlichkeit eines "Brexit".

### Die Stimmung im Ausland

In den Verhandlungen über das Abkommen zur Stellung Großbritanniens in der EU sind die Mitgliedstaaten Großbritannien durchaus entgegengekommen, haben aber gleichzeitig auch einige rote Linien festgelegt<sup>5</sup>. Vor allem Deutschland hat seine Zusage eingehalten und in den Verhandlungen vieles dafür getan, um Cameron einen zufrieden stellenden Deal mit Brüssel zu ermöglichen. Dies hatte insofern eine herausgehobene Bedeutung, als auch die britische Regierung immer wieder die Bedeutung Deutschlands und insbesondere von Bundeskanzlerin Angela Merkel für die Verhandlungen hervorgehoben hat. Die schwierigen Verhandlungen über das Abkommen haben gleichwohl in den EU-Institutionen, aber auch in den Mitgliedstaaten zu Ermüdungserscheinungen geführt. Selbst Vertreter von Regierungen (etwa Tschechien), die den britischen Forderungen und der britischen Grundhaltung gegenüber der EU grundsätzlich verständnisvoll gegenüberstehen, wirkten nach Monaten schwieriger Verhandlungen teilweise entnervt. Generell gab es Unwillen darüber, dass in Zeiten dringlicher Krisen die Staats- und Regierungschefs politische Energie und Zeit für die Verhandlungen über einen Sonderstatus Großbritanniens opfern mussten. Der Deal selbst wurde nüchtern aufgenommen, kaum jemand sah ihn als großen Wurf hin zu einer EU-Reform,

---

<sup>4</sup> Siehe <https://www.eureferendum.gov.uk/why-the-government-believes-we-should-remain/eu-referendum-leaflet/>

<sup>5</sup> Ausführliche Analysen: Verweis auf CEPS: The EU deal to avoid Brexit, take it or leave us; KAS-EBB Ratsbericht vom

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER

OLAF WIENTZEK

12. Mai 2016

[www.kas.de/grossbritannien](http://www.kas.de/grossbritannien)

einige Vereinbarungen im Bereich Wettbewerbsfähigkeit oder den geplanten Änderungen zum Bezug von Sozialleistungen in anderen Mitgliedstaaten wurden aber von einigen Mitgliedstaaten durchaus als hilfreich empfunden. Das Europaparlament hat bereits angekündigt bei der Umsetzung der Vorhaben streng darauf zu achten, dass Kernprinzipien der europäischen Integration wie die Freizügigkeit nicht unterminiert werden.

Eine besondere Rolle nimmt innerhalb der EU die Republik Irland ein. Auf Grund der intensiven wirtschaftlichen Verflechtungen, der sensiblen Nordirland-Situation und auch des herrschenden Wahlrechts<sup>6</sup> hat sich die irische Regierung klar für einen Verbleib Großbritanniens in der EU ausgesprochen. Diese Positionierung wird auch in Großbritannien – im Gegensatz zu anderen externen Meinungsäußerungen – weniger als „Einmischung“ wahrgenommen.

Die größte Aufmerksamkeit erfuhr jedoch US-Präsident Obama, der sich bei seinem jüngsten Staats- und Abschiedsbesuch in London Ende April mit ungewöhnlich klaren und deutlichen Worten zur „Brexit“-Frage positionierte. In einem Leitartikel im *Daily Telegraph* vom 22.4. unter dem Titel „*As your friend, let me say that the EU makes Britain even greater*“ und in weiteren öffentlichen Auftritten plädierte er geradezu emotional für einen Verbleib Großbritanniens in der EU. Der Illusion einer „*special relationship*“ zwischen Großbritannien und den USA auch nach dem „Brexit“ und eines schnellen bilateralen Handelsabkommens erteilte er somit eine klare Absage, entsprechenden wütend und enttäuscht reagierte das „Leave“-Lager und verbot sich diese „Einmischung in innere Angelegenheiten“.

Die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft des Landes bleibt nach den meisten Umfragen europaweit hoch: Nach einer im Februar 2016 durchgeführten EU-weiten Befragung befürworteten 60% der befragten EU-Bürger ein Verbleiben, nur 10% sprachen sich für einen „Brexit“ aus, 30% waren der Frage gegenüber gleichgültig. Am stärkstem war die Unterstützung für einen britischen Verbleib in Litauen (78%), Portugal, Irland (72%), Spanien und Rumänien (mit je 70%). Die geringste Unterstützung herrschte in Zypern (35% für den Verbleib, 19% dagegen), Österreich (41%, 18% für Austritt) und Frankreich (50%, 18% für Austritt.). Deutschland lag damit weitgehend im EU-Durchschnitt (59% für Verbleib, 11% für Austritt, 30% gleichgültig). In anderen Umfragen liegt die deutsche Zustimmung für einen Verbleib noch deutlich höher. Bemerkenswert ist aber auch die Tatsache, dass nur 43% der EU-Bürger die Bemühungen, einen separaten Deal für Großbritannien auszuhandeln, unterstützten, immerhin 57% sprachen sich dagegen aus (in Deutschland: 35% : 65%).<sup>7</sup>

Es gibt aber durchaus auch vereinzelte Stimmen, die sich von einem Austritt Großbritanniens positive Auswirkungen für die EU versprechen. Das zentrale Argument dabei lautet, dass eine vom ewigen Blockierer befreite EU sich in den Politikfeldern, in denen es besonders notwendig wäre (Wirtschaft, Asylpolitik, Terrorismusbekämpfung, Außenpolitik), tiefer integrieren könnte und mithin handlungsfähiger wäre. Gerade Teile der Linken erhoffen sich eine Schwächung des „neoliberalen Diskurses“ in einer EU der 27 und auch eine stärkere Unabhängigkeit von den USA.

Schlussendlich wird am 23.6. die Entscheidung zwischen zwei Szenarien fallen: Ein Verbleib oder ein Austritt Großbritanniens aus der EU. Auch wenn es keine Mindestbeteiligung gibt und das Referendum im engeren Sinne juristisch nicht bindend ist, wird das Ergebnis – und zwar sowohl das eine wie auch das andere - weitreichende Folgen für Großbritannien und die EU haben.

---

<sup>6</sup> Die Iren sind als einzige in Großbritannien wohnhafte EU-Bürger beim Referendum – wie auch bei Unterhauswahlen – wahlberechtigt und können bei potentiell rund 400.000 Wählern durchaus eine signifikante Rolle spielen.

<sup>7</sup> Lord Ashcroft poll, Februar 2016: <http://lordashcroftpolls.com/wp-content/uploads/2016/02/LORD-ASHCROFT-POLLS-You-Should-Hear-What-They-Say-About-You-EU28-Poll-Report-Feb-2016.pdf>

## Fall I.

### BREXIT - Großbritannien tritt aus der EU aus

Die wesentlichen Konsequenzen eines Austritts für Großbritannien wären:

#### 1. Wirtschaft

Ein Austritt Großbritanniens hätte schwerwiegende wirtschaftliche Folgen. Die Schätzungen darüber variieren allerdings. Finanzminister George Osborne stellte Mitte April die Berechnungen für die unterschiedlichen Szenarien vor<sup>8</sup>: Auch im Falle einer „Norwegen-Lösung“ für Großbritannien würde ein durchschnittlicher Haushalt rund 2.600 Pfund pro Jahr verlieren, im Falle eines „Schweizer Szenarios“ (weit reichendes Freihandelsabkommen) 4.300 Pfund, im Falle eines Brasilien-Szenarios (Interaktion nach WTO-Regeln) 5.200 Pfund. Einige Studien gehen von einem wirtschaftlichen Effekt von -2,8% der Wirtschaftsleistung aus, das IW Köln hält sogar ein *worst case scenario* von -10% für möglich<sup>9</sup>. Nach einem CEBR (Centre for Economic and Business Research)-Bericht würde ein Verbleib in der EU zudem bis 2013 umgekehrt zu einer Schaffung von 790.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen führen<sup>10</sup>. Ein Bericht des britischen Think Tanks „Open Europe“ wiederum ergab, dass – abhängig von verschiedenen Berechnungsmodellen und der Entwicklungen verschiedener Variablen – die ökonomische Wirkung bei -2,2% und + 1,6% liegen könnte<sup>11</sup>. Insgesamt scheint es schwierig, die Kosten exakt zu beziffern. Als sicher gelten ein Rückgang der Direktinvestitionen sowie eine massive Abwertung des britischen Pfund<sup>12</sup>. Schwerwiegend wären die Folgen für den Finanzsektor. Bislang gilt Großbritannien für internationale Unternehmen im Finanzbereich als „Sprungbrett“ in den EU-Binnenmarkt. Anders als bei der Entscheidung, nicht der Eurozone beizutreten, würde ein „Brexit“ nun aber wohl zu einem Umzug wichtiger Teile der Finanzbranche aus London in alternative Finanzplätze wie Zürich, Frankfurt, Dublin oder Luxemburg führen. Die Neuaushandlung von Handelsabkommen (derzeit gibt es 53 Freihandelsabkommen zwischen der EU und Drittstaaten) und die Neujustierung der eigenen Position in der WTO würde schwierig. Großbritannien würde gegenüber den betreffenden Drittstaaten auch – anders als vom „Brexit“-Lager dargestellt – nicht aus einer Position der Stärke verhandeln, da es nun nur Zugang zum britischen aber nicht mehr zum europäischen Markt anbieten könnte.

#### 2. Innere Sicherheit

Ein Austritt würde auch negative Auswirkungen auf die innere Sicherheit Großbritanniens haben. Die Terroranschläge der letzten 14 Monate haben deutlich gemacht, dass Terrornetzwerke transnational agieren. Großbritannien würde sich durch einen EU-Austritt den Zugang zu essentiellen Daten (Fingerabdrücke, DNA, Datenbanken der Fahrzeugregistrierung) erschweren. Durch den im Dezember 2015 erfolgten Beitritt zur Prüm-Konvention hat das Land Zugang zu einem vereinfachten Austausch über DNA-Daten erhalten. Eine Abfrage über die Prüm-Konvention dauert im Durchschnitt 15 Minuten. Ein Umweg über Interpol, den Großbritannien hingegen als nicht EU-Mitglied beschreiten müsste, dauert im Durchschnitt 143 Tage. Durch einen Austritt wäre beispielsweise auch die Abschiebung von straf-

---

<sup>8</sup> Vgl. HM Treasury analysis: the long-term economic impact of EU membership and the alternatives, 18. April 2016.

<sup>9</sup> Vgl. IW Köln: Brexit – The Economic Impact. A Meta-Analysis, 8. April 2016.

<sup>10</sup> Vgl. CEBR: Britain stronger in Europe. 19. Oktober 2015: <http://www.cebr.com/reports/britain-stronger-in-europe/>

<sup>11</sup> Vgl. Open Europe: What if...? The Consequences, challenges & opportunities facing Britain outside EU, März 2016.

<sup>12</sup> Schon jetzt reagiert der Wechselkurs des britischen Pfund ausgesprochen sensibel auf die „Brexit“-Umfragen und Prognosen. Die bisherigen 10-15% Verlust gegenüber US Dollar und Euro führen nicht wenige Beobachter auf die steigende Nervosität der Märkte und die drohende Ungewissheit eines „Brexit“ zurück.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER  
OLAF WIENTZEK

12. Mai 2016

[www.kas.de/grossbritannien](http://www.kas.de/grossbritannien)

fälligen Nichtbritten in andere Mitgliedstaaten schwieriger, weil der Europäische Haftbefehl nicht mehr anwendbar wäre – dies würde insbesondere auch die Zusammenarbeit mit Irland hart treffen. Gerade in diesem Jahr wurden auf EU-Ebene im Bereich Justiz und Inneres weitere Maßnahmen gegen den Missbrauch der Freizügigkeit getroffen (u.a. Verschärfung der Regeln gegen Missbrauch der Freizügigkeit und Bekämpfung von Scheinehen).

### 3. Außenpolitik

Ein Austritt Großbritanniens würde seine globale Stellung nachhaltig schwächen. Die breite Front der internationalen Partner gegen den „Brexit“ ist ein Indikator für den drohenden internationalen Einflussverlust. So haben sich insbesondere US-Präsident Obama (wie oben erwähnt), aber auch Japan, Australien, China und Norwegen gegen einen solchen Schritt ausgesprochen. Die Warnung des NATO-Generalsekretärs Stoltenberg, dass ein EU-Austritt auch die britische Sicherheit schwächen würde, entkräftet ein wichtiges Argument des „Brexit“-Lagers. Derzeit gewinnt die NATO-EU-Zusammenarbeit bei Themen wie *Cyber-security* oder dem Umgang mit hybriden Konflikten an Bedeutung, ein Austritt Großbritanniens würde daher auch seine Stellung in der NATO verkomplizieren. Zu erwarten wäre daher auch eine Belastung für die bilateralen Sicherheitsbeziehungen innerhalb der NATO mit den EU-Mitgliedern Deutschland und Frankreich.<sup>13</sup> Nicht zuletzt würden sich die oben beschriebenen wirtschaftlichen Folgen des Austritts auch auf das britische Verteidigungsbudget niederschlagen und damit zu einer Verringerung der sicherheitspolitischen Schlagkraft des Vereinigten Königreichs führen.

### 4. Einheit des Landes

Schlussendlich könnte ein Austritt auch die Einheit des Landes gefährden. Anders als in England ist in Schottland die Unterstützung für einen Verbleib in der EU größer. Ein „Leave“-Votum könnte mithin der Forderung nach einem zweiten Unabhängigkeitsreferendum in Schottland neue Nahrung geben. Die SNP hat zwar bei den Regionalwahlen vom 5.5.2016 die absolute Mehrheit knapp verpasst und erstmals einen leichten Rückschlag erlitten, sie bleibt aber dem Projekt der schottischen Unabhängigkeit eng verpflichtet und könnte durch LEAVE Votum zusätzlich motiviert werden.

Noch größer wäre der Kontrast im Falle Nordirlands wo rund 70-75% der Wähler für einen Verbleib stimmen würden. Ein EU-Austritt würde Nordirland sowohl politisch wie wirtschaftlich hart treffen. So hat Nordirland beispielsweise in der Vergangenheit überproportional von EU-Strukturfonds aber auch von der EU-Agrarpolitik profitiert. Die EU-Mitgliedschaft hat in den vergangenen Jahren auch zur Vereinfachung und Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nordirland und Irland beigetragen. Nicht zuletzt ist auch die nordirische Zivilgesellschaft, die einen wichtigen Beitrag zur Befriedung leistet, stark auf EU-Fördermittel zur Durchführung ihrer Programme angewiesen.<sup>14</sup> Ein „Leave“-Votum würde die Kluft zum EU-Nachbarn Irland wieder vergrößern, die Zentrifugalkräfte weiter stärken und das Risiko von neuerlichen Spannungen insbesondere an der irisch-nordirischen Grenze erhöhen.

### 5. Gestaltungsfähigkeit

Gerade in den kommenden Jahren rücken zahlreiche Themen auf die europäische Agenda, die für Großbritannien von besonderem Interesse sind. Die Umsetzung des Digitalen Binnenmarkts und teils auch die geplante Kapitalmarktunion könnten nach Schätzungen zu ei-

---

<sup>13</sup> Vgl. Keohane, Daniel: European Defense and Brexit, a tale of three cities, Carnegie Europe, 1. März 2016.

<sup>14</sup> vgl: Burke, Edward: Who will speak for Northern Ireland? – The looming danger of an Ulster Brexit, The RUSI Journal, April 2016.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER  
OLAF WIENTZEK

12. Mai 2016

[www.kas.de/grossbritannien](http://www.kas.de/grossbritannien)

nem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von 7% führen und die Exporte in die EU nahezu verdoppeln. Beides sind britische Kernanliegen. Gleiches gilt für die nun vereinbarte engere europäische Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Ein „Brexit“ würde demnach die Gestaltungsfähigkeit Großbritanniens in diesen Bereichen deutlich reduzieren.

### 6. Langwierigkeit

Ein negatives Votum würde langwierige Verhandlungen über die künftigen Beziehungen nach sich ziehen<sup>15</sup>. Anders als von Teilen des „Brexit“-Lagers dargestellt, würde eine solche Verhandlung deutlich mehr Zeit als nur zwei Jahre in Anspruch nehmen. Mehrere Aspekte lassen einen Zeitrahmen von rund 5-10 Jahren realistischer erscheinen: Die demographischen und wirtschaftlichen Größenordnungen von Grönland und Großbritanniens sind nicht vergleichbar und selbst im Falle Grönlands dauerte der Abschied rund drei Jahre. Ferner sind die Komplexität der EU und die Regeldichte in den Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU ungleich höher als sie es in den 80er Jahren zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Grönland waren. Schätzungen zu Folge wären insgesamt wohl rund 80.000 Legislativakte betroffen. Die EU wird zudem wenig Interesse haben – bei allem pragmatischen Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit Großbritannien auch nach einem „Brexit“ – Anreize für ähnliche Begehrlichkeiten anderer Mitgliedstaaten zu schaffen. Die EU müsste rein aus Eigeninteresse eine harte Verhandlungslinie vertreten. Dies wäre insbesondere vom Europäischen Parlament zu erwarten, welches einem solchen Deal auch zustimmen müsste.

### 7. „Abhängigkeit“ von der EU

Auch nach einem Austritt wäre das Vereinigte Königreich an zahlreiche EU-Regeln gebunden, zumindest wenn der Zugang zum Binnenmarkt aufrechterhalten werden soll. Norwegen hat beispielsweise nahezu die gesamte EU-Rechtsetzung übernommen und beteiligt sich auch am EU-Haushalt. Ohne die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit und einem finanziellen Beitrag zum EU-Haushalt wird die EU Großbritannien keinen Zugang zum Binnenmarkt gewähren.

### 8. Kein besserer Deal

Das Abkommen wird zutreffend als „*take it or leave us*“-Deal bezeichnet. Anders als die „Leave“-Kampagne suggeriert, kann Großbritannien nicht auf bessere Nachverhandlungen nach einem negativen Referendum hoffen. Bereits mehrfach haben europäische Vertreter deutlich gemacht, dass die Vereinbarung vom 18./19. Februar der einzige Deal sein wird und sich Großbritannien weder bei einem negativen noch bei einem sehr knappen positiven Ausgang des Referendums Nachbesserungen erhoffen könnte.

---

<sup>15</sup> Der EU-Vertrag sieht in Artikel 50 vor, dass nach der Ankündigung eines Mitgliedstaats die EU zu verlassen, Verhandlungen über die Modalitäten des Austritts vorgenommen werden müssen. Diese würden vom Rat durchgeführt, müssten aber mit qualifizierter Mehrheit und mit Zustimmung des Europäischen Parlaments verabschiedet werden. Der Austritt wäre vollzogen, sobald eine Einigung über diese Modalitäten vorläge, muss gemäß Art. 50.-3 allerdings spätestens zwei Jahre nach der Ankündigung erfolgen – es sei denn der betreffende Mitgliedstaaten und der Europäische Rat entscheiden – einstimmig! – über die Verlängerung der entsprechenden Frist.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER

OLAF WIENTZEK

12. Mai 2016

[www.kas.de/grossbritannien](http://www.kas.de/grossbritannien)

Auch für die **EU** und insbesondere für **Deutschland** hätte ein „Brexit“ schwerwiegende Konsequenzen:

### 1. Finanzielle Einbußen

Die EU würde ihre drittgrößte Wirtschaft und knapp 16% ihrer Wirtschaftskraft (entspricht in der Summe der Wirtschaftskraft der 19 kleineren Volkswirtschaften der EU) verlieren. Auch die Konsequenzen für den EU-Binnenmarkt wären schwerwiegend. Nicht zuletzt würde die EU – trotz sog. „Brittenrabatt“ – den drittgrößten Nettozahler zum EU-Haushalt verlieren. Dies müsste dann von den verbleibenden Ländern (v.a. wohl auch durch Deutschland) aufgefangen werden oder aber zu einer spürbaren Reduzierung des ohnehin nicht allzu üppig ausgestatteten EU-Haushalts führen.

### 2. Geopolitische Schwächung

Großbritannien mit seiner Tradition des strategischen Weitblicks und als Brücke zum Commonwealth ermöglichte es der EU über den Tellerrand der EU und die unmittelbare Nachbarschaft hinaus zu blicken. Ein Austritt würde auch die EU-Außenpolitik schwächen. So sehr sich Großbritannien gegen eine institutionelle Vertiefung der GASP und GSVP sträubte, so häufig brachte sich Großbritannien pragmatisch ein, sowohl bei EU-Militärmissionen als auch bei diplomatischen Initiativen (siehe beispielsweise Russland-Sanktionen oder auch in der Erweiterungspolitik).

### 3. Symbolische Niederlage

Der Verlust Großbritanniens würde symbolisch eine Schwächung der EU bedeuten, die erstmals eines ihre größten Mitglieder verlieren würde.

### 4. Ordnungspolitische Balance

Mit Großbritannien würde ein enger ordnungspolitischer Partner Deutschlands die EU verlassen. Es droht eine Verschiebung nach links in zahlreichen wirtschaftspolitischen Fragen. Mit Großbritannien würde ein Verfechter des Binnenmarkts, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Freihandels die EU verlassen und damit indirekt die Balance zugunsten jener Stimmen verschieben, die vor allem auf Besitzstandswahrung, Transferleistungen und schuldenfinanzierte Wachstumsprogramme setzen. Gerade Deutschland und auch die CDU haben daher ein großes Interesse an einem Verbleib. Ein Austritt würde auch zu einer Schwächung des transatlantischen Elements innerhalb der EU beitragen.

### 5. Zentrifugaltendenzen in anderen Ländern

Euroskeptiker von links und rechts in anderen EU-Ländern könnten sich ebenfalls ermuntert fühlen, ähnliche Bestrebungen zu verfolgen. Dies würde zu einer schrittweisen Desintegration der EU führen. Ein Erfolg der „Brexit“-Befürworter könnte von externen Akteuren wie Vladimir Putin und anderer, die das Wertesystem der EU und ihre Integrationskraft hintertreiben möchten, als Sieg für sich verbucht werden. Ein EU-Austritt an sich könnte über die EU hinaus als Signal der fehlenden Bindungskraft westlicher Werte interpretiert werden.

### 6. Britischer Beitrag zur europäischen Integration

Großbritannien hat in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass es ein Dynamo für die Fortentwicklung der EU sein kann. In den 80er Jahren gelang der Durchbruch zur Schaffung eines Binnenmarktes auch dank starker britischer Unterstützung. Selbiges gilt für britische Initiativen im Bereich der Justiz- und Innenpolitik in den 90er Jahren. Weitere Beispiele sind die konstruktive Rolle Großbritanniens bei Handelsfragen und in der Erweiterungspolitik.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER  
OLAF WIENTZEK

12. Mai 2016

[www.kas.de/grossbritannien](http://www.kas.de/grossbritannien)

## 7. Zeitverlust

Die voraussichtlich zähen Verhandlungen über eine Neugestaltung der Beziehungen mit Großbritannien würden anderweitig dringend benötigte Zeit, Energie und Ressourcen binden. Dies gilt umso mehr, als sowohl in Frankreich wie auch in Deutschland im Jahr 2017 landesweite Wahlen anstehen.

## Fall 2:

### BREMAIN: Großbritannien bleibt Mitglied der EU

Auch wenn die Entscheidung zugunsten eines Verbleibs Großbritanniens in der EU ausfallen sollte, kann nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergegangen werden. Die Debatte im Kontext des Referendums hat schon jetzt verdeutlicht, dass auch im Falle eines Verbleibs wichtige offene - und vermutlich zu lange verschobene - Fragen sowohl was die Beziehung Großbritanniens zur EU, als auch was die zukünftige Entwicklung der EU selbst angeht, in Angriff genommen werden müssen.

#### 1. Folgen für die EU

Das am 19. Februar mit den Staats- und Regierungschefs ausgehandelte Abkommen würde in Kraft treten. Anders als der öffentliche Diskurs teilweise suggeriert, ist der Kompromiss zwischen Großbritannien und der EU kein Ausverkauf Europas. Ebenso wenig ist das Abkommen aber der von einigen nach der „Bloomberg-Rede“ Camerons erhoffte Startschuss für eine ehrliche Reformdebatte in der EU. Dennoch hat das Abkommen eine beachtliche Tragweite. Erstmals schreibt es klar fest, dass es eine Alternative zu einer von den übrigen Mitgliedstaaten unverändert angestrebten stetig vertieften EU gibt. Damit gibt es erstmals nicht mehr nur ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, sondern ein Europa der zwei Klassen. So stellt das Abkommen klar, dass die in den EU-Verträgen enthaltene Bezugnahme auf eine „immer engere Union“ nicht für das Vereinigte Königreich gelten wird. Die Vereinbarung unterstreicht, „dass Mitgliedstaaten sich zu einer vertieften Integration hin orientieren (können), ohne dass dies für die anderen Mitgliedstaaten gelten muss“.<sup>16</sup> Auf der anderen Seite soll auch der Wunsch nach einer tieferen Integration einer Avantgarde-Gruppe nicht behindert werden. So verpflichten sich die Mitgliedstaaten, die nicht an einer weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen möchten, eine solche Vertiefung nicht nur nicht zu behindern, sondern sogar zu erleichtern<sup>17</sup>. Das könnte eine engere Zusammenarbeit auch in anderen Politikbereichen (Justiz- und Innen-, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik) betreffen. Zu erwarten ist daher aber auch, dass trotz des Abkommens die Problematik zwischen In- und Outsiders insbes. der Eurozone weiterhin ein Problem mit Konfliktpotential bleiben wird.

#### 2. Folgen für Großbritannien

In den letzten Jahren hat sich Großbritannien mehr und mehr aus dem Zentrum des europäischen Entscheidungsgefüges verabschiedet, sich oft auf eine rein defensive Rolle beschränkt – und sich damit in Brüssel unter Wert verkauft.<sup>18</sup> Verschiedene Stimmen aus

---

<sup>16</sup> Beschluss der im Europäischen Rat vereinigten Staats- und Regierungschefs über eine neue Regelung für das Vereinigte Königreich innerhalb der Europäischen Union, 18./19. Februar 2016, Abschnitt C „Souveränität“.

<sup>17</sup> Ebd.: Abschnitt A: „Wirtschaftspolitische Steuerung“

<sup>18</sup> Großbritannien ist nach einer im April 2016 veröffentlichten Analyse von VoteWatch das am meisten überstimmte Land im Rat der EU – wenngleich es in der großen Mehrheit der Entscheidungen auf Seiten der Gewinnen steht. Die Distanzierung der UK-Delegation im Europäi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER

OLAF WIENTZEK

12. Mai 2016

[www.kas.de/grossbritannien](http://www.kas.de/grossbritannien)

Brüssel, den Mitgliedstaaten aber auch dem Vereinigten Königreich selbst hoffen zumindest, dass Großbritannien nach einem positiven Referendum eine pro-aktivere Rolle in der EU spielen könnte. Verwiesen wird in diesem Kontext häufig auf die britische EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2017.

Sollte es jedoch nicht gerade einen Triumphzug des "Remain"-Votums geben (d.h. mindestens 60% für den Verbleib), gehen Beobachter von einem weiterhin defensiven Kurs Londons aus, vor allem weil die regierenden britischen Konservativen nach einer für die Partei belastenden Kampagne und vor dem Hintergrund einer anstehenden Neuwahl des Führungspersonals ihre Energie zunächst auf innerparteiliche Fragen fokussieren würden. Dennoch stellt sich spätestens danach die Frage, welche Rolle das Vereinigte Königreich künftig in der EU spielen wird.

Eine stärkere Rolle Großbritanniens wäre in folgenden Themen vorstellbar:

### Außen- und Sicherheitspolitik

Oxford-Professor Timothy Garton Ash beispielsweise sieht Großbritannien als zentralen Akteur in einem „Doppelkerneuropa“, welches aus einem wirtschafts- und währungspolitischen Kern (der Eurozone mit einer führenden Rolle Deutschlands) sowie einem außen- und sicherheitspolitischen Kern bestehen würde, in dem Großbritannien wiederum eine führende Rolle einnehmen würde. Eine solche pro-aktive Haltung Großbritanniens ist gegenwärtig nur schwer vorstellbar, schließlich war es in der Vergangenheit gerade Großbritannien, welches die Etablierung einer ehrgeizigeren Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik blockiert hat. Britische Skepsis war allerdings vor allem dann stark, wenn es um die Schaffung neuer Strukturen (u.a. ein militärisches EU-Hauptquartier) ging. Unbestritten ist jedoch, dass die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik von Großbritannien entscheidend handlungsfähiger gemacht werden könnte. So könnte Großbritannien u.a. eine entscheidende Rolle bei der Konzeption (und vor allem der Umsetzung) einer Strategie zur langfristigen Stabilisierung Libyens spielen. Die Expertise Großbritanniens wäre ebenfalls unerlässlich bei der Konsolidierung der Europäischen Nachbarschaft und einer neuen Strategie gegenüber Russland.

### Zukunft der EU

Auch hier ist anzumerken, dass in den vergangenen Jahren eine ehrliche diesbezügliche Auseinandersetzung in Großbritannien – aber auch in Teilen der EU – versäumt wurde. Vielmehr sorgte auch der britische Diskurs dafür, dass fast ausschließlich eine Diskussion darüber stattfand, wo Kompetenzen von europäischer wieder auf die nationale Ebene zurückgeführt werden können. Innerhalb der EU gibt es zwar wenig Appetit darauf, derlei Fragen ausgiebig zu erörtern. Die Frage nach der Zukunft der EU, ihrer Absorptionsfähigkeit und einer umfassenden Reform könnte aber nach Wahlen in Deutschland und Frankreich wieder auf die Agenda rücken – pünktlich zur britischen Ratspräsidentschaft.

---

schen Parlament von den moderaten politischen Gruppierungen (insbesondere der Rückzug der Tories aus der EVP-ED-Fraktion) hat den Einfluss im EP verringert: „*Would Brexit matter? – The UK's voting record in the Council and the European Parliament*“, Votewatch.eu, April 2016.

**GROSSBRITANNIEN**HANS-HARTWIG BLOMEIER  
OLAF WIENTZEK

12. Mai 2016

[www.kas.de/grossbritannien](http://www.kas.de/grossbritannien)

Bei der Vollendung des Binnenmarktes, einem der Leitprojekte der aktuellen Kommission, kann Großbritannien eine entscheidende Rolle spielen. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung des digitalen Binnenmarkts, die Kapitalmarktunion ebenso wie die Stärkung des Binnenmarkts für Dienstleistungen (an dem Großbritannien aufgrund seiner dienstleistungs-basierten Wirtschaft besonderes Interesse haben müsste). Gleichzeitig könnte Großbritannien das Thema „bessere Rechtsetzung“ weiter auf der EU-Agenda halten.

Solange allerdings die Zukunfts- und Leadershipfrage bei den britischen Konservativen nicht geklärt sind, ist nicht zu erwarten, dass sich die Regierung mit einer pro-europäischen Agenda exponieren wird. Eine aktivere Rolle Großbritanniens könnte aber – wenn schon nicht in der britischen Ratspräsidentschaft- nach den kommenden Wahlen mit der neuen Europäischen Kommission ab 2019 erwartet werden. Dann allerdings rückt erneut eine politische Entscheidung in Großbritannien in den Vordergrund: die nächste Unterhauswahl im Mai 2020.

**3. Die Rolle Deutschlands**

Deutschland könnte eine wichtige Rolle dabei spielen, Großbritannien wieder vom Rand zurück ins Zentrum der europäischen Politik zu holen. Gerade die aktuelle britische Regierung sieht Deutschland als entscheidenden europäischen Partner – sowohl auf dem Brüsseler Parkett, wie in der bilateralen Zusammenarbeit.

Mehrfach fungierten die deutsche Regierung und speziell Bundeskanzlerin Merkel als Brücke Camerons nach Europa. Bei den zwischenzeitlichen festgefahrenen europäischen Haushaltsverhandlungen in 2012 beispielsweise spielte die Vermittlung der Bundeskanzlerin eine entscheidende Rolle für ein Einlenken Camerons. Ein weiteres Zeichen für das Vertrauensverhältnis waren die gegenseitigen Besuche nicht nur in London und Berlin, sondern eben auch in privaterem Ambiente auf Schloss Meseberg und dem englischen Landsitz Chequers, sowie der protokollarisch hochrangige Besuch der Bundeskanzlerin im Februar 2014 und ihre Rede vor beiden Kammern des britischen Parlaments. Und nicht zuletzt bei den Neuverhandlungen der Beziehungen Großbritanniens mit der EU im Februar 2016 erfolgte eine sehr enge Abstimmung mit der deutschen Bundesregierung.

In seinem aktuellen *Strategic Defense and Security Review* (SDSR) hat Großbritannien Deutschland als sicherheitspolitischen Partner deutlich aufgewertet. Dort wird Deutschland erstmals auf einer Ebene mit den USA und Frankreich eingestuft. Im Januar machte der britische Verteidigungsminister Michael Fallon in einem Interview nochmals deutlich, dass er sich eine wesentlich engere Zusammenarbeit mit Deutschland im Bereich der Sicherheitspolitik erhofft.<sup>19</sup> Im März 2016 fanden Diskussionen über eine engere Zusammenarbeit im Bereich Innovation und Interoperabilität der Streitkräfte beider Länder statt. Interesse gibt es auf britischer Seite auch an einer engeren Zusammenarbeit im Bereich der Geheimdienste, bei der militärischen Unterstützung humanitärer Missionen und bei der Stabilisierung der Europäischen Nachbarschaft sowie im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Bei den meisten dieser Themen bedürfte es allerdings nicht nur mehr bilateraler deutsch-britischer, sondern mehr europäischer Zusammenarbeit. Eine engere bilaterale Kooperation

---

<sup>19</sup> Bereits in den vergangenen Jahren wurde die Zusammenarbeit deutlich intensiviert, u.a. arbeitet Großbritannien eng mit Deutschland und der USA bei der *Transatlantic Capability Enhancement and Training Initiative* (TACET) zusammen.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**GROSSBRITANNIEN**

HANS-HARTWIG BLOMEIER

OLAF WIENTZEK

**12. Mai 2016**

[www.kas.de/grossbritannien](http://www.kas.de/grossbritannien)

zwischen Deutschland und Großbritannien könnte sich aber dann auch in Initiativen auf europäischem Parkett niederschlagen.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass ein Austritt Großbritanniens aus der EU sowohl Großbritannien wie auch die EU nachhaltig schwächen würde. Umgekehrt ist ein Verbleib Großbritanniens aber auch nicht gleichzusetzen mit dem Ende aller Probleme und gegenseitigen Missverständnisse. Die EU braucht ein starkes aber eben auch ein engagiertes Großbritannien- nicht nur an ihrem Rand, sondern in ihrem Herzen und an den Schaltstellen.

Dafür muss sich Großbritannien über seine zukünftige Rolle in der EU im Klaren werden und vor allem nicht nur auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger, sondern auch in der Bevölkerung insgesamt für diese (erneuerte) Rolle werben, auch über das Referendum hinaus.

Auf der anderen Seite dürfen die EU und Deutschland auch nach einem positiven Referendum nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen: Stattdessen gilt es, Großbritannien eng in die europäische Politikgestaltung einzubinden und keinen Graben zwischen einem immer häufiger geforderten Kerneuropa und einer Peripherie entstehen zu lassen. In einigen Bereichen wie der Wirtschafts- und Währungspolitik wird die EU ohne Großbritannien vorangehen müssen. In anderen Bereichen, etwa bei der Vollendung des Binnenmarkts sollten Deutschland und die EU hingegen Großbritannien eine zentrale gestaltende Rolle zugestehen. Das gilt langfristig auch für eine künftige Debatte über die Architektur der EU. Andernfalls droht in einem marginalisierten Großbritannien, welches keine bedeutende Rolle mehr in der EU spielt, die Diskussion über den Mehrwert der EU-Mitgliedschaft spätestens bei den nächsten Unterhauswahlen 2020 von Neuem aufzuflammen.